Raumplanung

# Auen, Moore und Reservate frei zur Überbauung

Umweltverbände schlagen Alarm: Ein grosser Teil der Bauzonen liegt in Schutzgebieten.

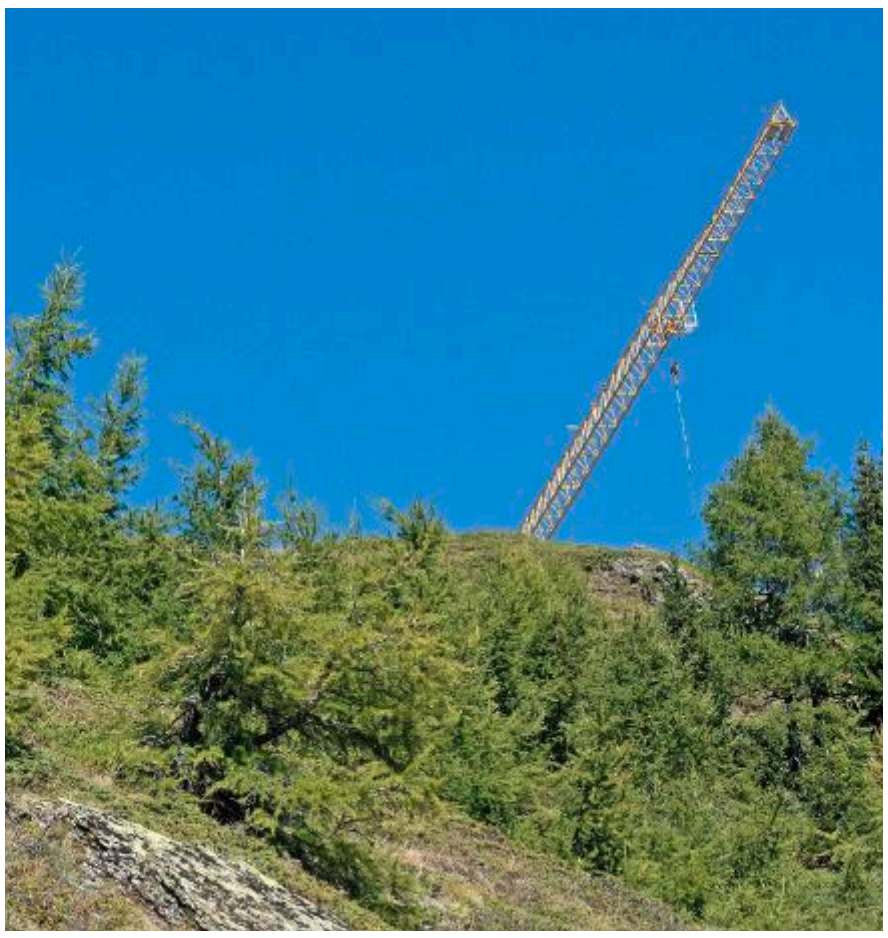
**Fabian Renz**
Bern

Die Schweiz hat zu viel Bauland – doch ist alleine die Zahl der überzähligen Hektaren vielleicht nicht das grösste Problem. Das zeigt eine neue Untersuchung aus dem Wallis, Schaffhausen, dem Jura und Neuenburg. Es sind dies die vier Kantone mit den meisten Baulandreserven der Schweiz – so vielen, dass hier wegen des neuen Raumplanungsgesetzes voraussichtlich Bauzonen zu «tieferwertigen» Flächen zurückgestuft werden müssen (mit Entschädigung der Besitzer). Die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz und Pro Natura haben nun die Karten und Statistiken der vier Kantone durchkämmt, um jede einzelne Bauzone quasi dingfest machen zu können. Die Verbände kommen in der Untersuchung, die dem «Tages-Anzeiger» vorliegt, zu beunruhigenden Befunden: Fast hundert einzelne Bauzonen liegen in Auen, Flach- und Hochmooren, Trockenwiesen, Jagdbann- und Amphibienlaichgebieten sowie Vogelreservaten.

Insgesamt sind es rund 340 Hektaren Bauland, das sich mit streng geschützten Biotopen überschneidet. Dies entspricht einer Fläche von 500 Fussballfeldern. Über 290 Hektaren entfallen alleine auf das Wallis. «Das hat mich überrascht. So etwas dürfte es eigentlich nicht geben», sagt Raimund Rodewald, Geschäftsleiter der Stiftung Landschaftsschutz.

### «Schaden jeden Tag grösser»

Dabei sind mit den 500 Fussballfeldern erst die ärgsten Fälle erfasst. Die Autoren der Untersuchung sprechen von «roten Zonen», wenn ein Baugebiet in einem der oben erwähnten Biotope liegt. Hinzu kommt aber eine sehr viel grössere Fläche von «orangen Zonen». Gemeint ist beispielsweise Bauland, das Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN-Gebiete) tangiert oder das sich nicht organisch an Siedlungsflächen anschliesst (Inselbauzonen). In diese Kategorie fallen nach den Berechnungen der Umweltschützer über 3000 Hektaren, rund das Zehnfache der «roten Zonen».



**Reges Bauen im Berggebiet: Crans-Montana im Wallis.** Foto: Olivier Maire (Keystone)

Da das statistische Material, auf das sich die Verbände stützten, nicht den allerneuesten Stand wiedergibt, könnten einige der «roten» und «orangen» Zonen inzwischen schon überbaut sein. Rodewald nennt als Beispiel ein grösseres Zweitwohnungsprojekt in landschaftlich sensiblem «orangem» Gebiet bei Münster-Geschinen VS: Hier sei seit der aktuellsten Erfassung bereits eine Erschliessungsstrasse gebaut worden. «Der Schaden wird mit jedem Tag grösser», resümiert Rodewald. Er und seine Mitstreiter rufen die Kantone daher zu unverzüglicher Reaktion auf. Die zuständigen Kantonsbehörden haben die Untersuchung bereits präsentiert bekommen – erforderlich sei nun, sagt Rodewald, die Situation im Einzelnen zu überprüfen und die ökologisch schädlichsten Bauzonen unvermittelt zu eliminieren. Da eine Rückzonung eine langwierige Angelegenheit darstellen kann, ist für Rodewald das Instrument der sogenannten Planungszone angezeigt. In einem Gebiet, das zur Planungszone erklärt wird, darf nicht gebaut werden.

In den betroffenen Kantonen zeigt man durchaus Gehör für die Anliegen der Verbände. Deren Untersuchung gehe «grundsätzlich in die richtige Richtung», sagt Damian Jerjen, der die Dienststelle Raumplanung des Kantons Wallis leitet. Die «roten Zonen» müssten

**Bauzonen in wertvollen Landschaften**

Die vier Kantone mit den grössten Reserven in ha

| | **Bauland in geschützten Gebieten** | Bauland in sensiblen Gebieten |
|---|---|---|
| Wallis | **292,2** | 2663,1 |
| Schaffhausen | **13,9** | 94,1 |
| Neuenburg | **18,9** | 353,4 |
| Jura | **14,6** | 125,0 |

TA-Grafik/Quelle: SL, Pro Natura

überprüft und allenfalls zurückgezont werden. Für Jerjen sind die eruierten Zahlen aufgrund der teilweise veralteten Datenbasis allerdings zu relativieren, überdies gelte es zu bedenken: «Das Wallis ist reich an Landschaften von aussergewöhnlicher Schönheit und Vielfalt» – ein Viertel der Kantonsfläche etwa sei als BLN-Gebiet klassifiziert. «Dass es da zu Konflikten mit dem Siedlungsgebiet kommt, liegt auf der Hand.»

Ähnlich äussert sich Susanne Gatti, Chef-Raumplanerin von Schaffhausen. «Wir haben Gemeinden, die seit mehreren 100 Jahren bestehen und die sich entwickeln wollten. Die Einstufung weiter Kantonsteile zum BLN-Gebiet kam erst später.» Die Untersuchung der Verbände mache, bei aller angebrachten Vorsicht gegenüber den Zahlen, eines in jedem Fall deutlich: «Das Baugebiet in Schaffhausen ist schon sehr gross.» Die Schutzwürdigkeit der Landschaften werde eines der wichtigen Kriterien sein, wenn es um allfällige Rückzonungen gehe. In den nächsten Wochen will Gatti das Thema mit den Gemeinden besprechen. Diese könnten dann beispielsweise Planungszonen erlassen. Wird auch erwogen, diese Massnahme mit kantonaler Verfügungsgewalt durchzusetzen? «Ein Diktat von oben ist nicht unser Stil», sagt Gatti. Eine gute Zusammenarbeit mit den Gemeinden ist ihr, wie auch anderen Raumplanern, wichtig. Aber immerhin: «Früher haben die Gemeinden einfach ihren Bauzonenbedarf bei uns angemeldet. Heute überlegen wir uns aus kantonaler Optik, wie viel es wo braucht. Das ist ein grosser Fortschritt.»

## Kantone planen grosszügig – trotz Volksentscheid gegen Zersiedlung

Die Kantone gehen bei der Berechnung der Bauzonen von einem starken Wachstum der Bevölkerung aus. Damit ignorieren sie die Empfehlung von Doris Leuthards Experten.

**Stefan Häne**

Die Kantone dürfen nicht mehr beliebig viel Bauland horten; so hat es das Stimmvolk 2013 entschieden. Die Limite soll beim voraussichtlichen Bedarf für die nächsten 15 Jahre liegen. Wo die Bauzonen grösser sind, müssen sie verkleinert werden. Sei jedoch «absehbar», dass die Bevölkerung wachse und sich neue Firmen ansiedelten, könnten die Behörden neue Bauzonen ausscheiden, schreibt das federführende Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) zum revidierten Raumplanungsgesetz (RPG).

Kritiker bezeichnen diesen Mechanismus als entscheidenden Schwachpunkt, weil ihm eine grosse Unbekannte zugrunde liegt: die künftige Bevölkerungsentwicklung. «Die Kantone wollen sich nicht einschränken lassen», sagt der Zuger Kantonsrat Andreas Lustenberger (Grüne). Sie hätten also ein Interesse daran, ein möglichst hohes Bevölkerungsszenario zu wählen. Doch je grösser die Bauzonen festgelegt würden, desto mehr Baugelegenheit gebe es und desto schneller schreite die Zersiedlung voran. Lustenberger präsidiert den Verein «Nachhaltige Siedlungsentwicklung», der mit einer eidgenössischen Volksinitiative die Zersiedlung stoppen will.

Genährt sieht der Verein seine Befürchtung durch die aktuelle Entwicklung. Die Kantone haben bis 2019 Zeit, ihre Richtpläne anzupassen und dem Bundesrat zur Genehmigung zu unterbreiten. Das ARE legt ihnen «im Sinne von Vorsicht und Zurückhaltung» nahe, das «mittlere» Bevölkerungsszenario des Bundesamts für Statistik (BFS) für die Berechnung des Bauzonenbedarfs zu wählen; jenes weist für 2030 rund 8,75 Millionen Einwohner in der Schweiz aus, eine halbe Million mehr als heute.

### Kaum Druck zur Verdichtung

Diese Empfehlung aus dem Departement von Umweltministerin Doris Leuthard (CVP) verhallt jedoch ungehört. Allein der Kanton Zürich rechnet bis 2030 mit einem Zuwachs von 200 000 Einwohnern, also knapp 15 Prozent mehr als heute. Dieser Wert liegt zwischen den BFS-Szenarien «mittel» und «hoch». Auch die Kantone Basel-Stadt und Genf rechnen so. Der Kanton Bern stützt sich gar auf das Szenario «hoch». Etwaige Wachstumsdämpfer wie die vom Volk angenommene Masseneinwanderungsinitiative der SVP spielen in den Plänen der Kantone offenbar keine Rolle.

Wie stark der politische Druck ist, möglichst grosszügig zu rechnen, zeigt sich in St. Gallen. Dort hat der Kantonsrat dem Regierungsrat diese Woche kurzerhand die Hoheit über die Raumplanung entrissen. Künftig definiert er die Eckwerte des Richtplans also selber. Sein erklärtes Ziel: die Bauzonen möglichst gross zu belassen. Vergeblich hatte der Regierungsrat argumentiert, Ziel des RPG sei es, die Zersiedlung zu bremsen.

Vor diesem Hintergrund zieht der Verein «Nachhaltige Siedlungsentwicklung» ein negatives Fazit: «Die Kantone wollen viele Bauzonen ausscheiden, der Druck zur Verdichtung bleibt gering», sagt Lustenberger. Dem halten manche Kantone entgegen, dass sie im neuen Richtplan ihr Siedlungsgebiet verkleinert haben. Die Reduktion ist jedoch marginal. In Zürich etwa beträgt sie 0,4 Prozent des Siedlungsgebietes. Zugs Baudirektor Heinz Tännler (SVP) findet, die Bevölkerungsszenarien erhielten in der aktuellen Debatte zu grosses Gewicht. «Viel entscheidender ist der effektive Umgang mit dem Wachstum.» Zug strebe nach einem langsameren Wachstum mit 135 000 Personen im Jahr 2030, 17 000 mehr als heute. Diese Einwohner hätten in den bestehenden Bauzonen Platz. Sollten die Gemeinden stärker wachsen als angenommen, «müssen die neuen Bewohner aber in bereits bestehenden Bauzonen unterkommen», sagt Tännler.

### Ausnahmeregel mit Folgen

Lustenberger hält diese Argumentation für scheinheilig: «Werden die Reserven verbraucht, so werden sie bei der nächsten Richtplanrevision einfach durch neue ersetzt.» Den Spielraum für weiteres Wachstum gewährt die Raumplanungsverordnung. Diese erlaubt es den Kantonen in Ausnahmefällen, über das Szenario «hoch» hinauszugehen: Übertrifft die reale Bevölkerungsentwicklung die getroffenen Annahmen, darf ein Kanton seine Berechnungen gemäss ARE sofort anpassen und neu einzonen.

**Statistik** Die Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung

bevoelkerung.tagesanzeiger.ch

## SVP sticht in ein Wespennest

Ein Numerus clausus für Ethnologen oder Soziologen? Die Pläne der SVP finden in der FDP Zustimmung. Links-Grün ist vehement dagegen.

**Raphaela Birrer**
Bern

Ethnologie, Psychologie, Soziologie oder Geschichte: Fächer der Geistes- und Sozialwissenschaften sind bei Studenten seit Jahren sehr beliebt. 45 000 Personen waren 2013 an Schweizer Universitäten in diesen Gebieten eingeschrieben. Zu viele, findet die SVP. Sie arbeitet an einem Vorstoss, der eine Beschränkung der Zulassung zu diesen Studiengängen fordert, wie der «Blick» berichtet.

Im Entwurf der Interpellation fordert die SVP, dass die Zahl der Studierenden in den Geistes- und Sozialwissenschaften halbiert werde. Dieses Ziel will sie mit einem Numerus clausus erreichen, wie ihn heute die Medizin kennt. Zudem will die Partei vom Bundesrat konkrete Zahlen, welche die Nachfrage nach Akademikern dieser Fachrichtungen in der Privatwirtschaft aufzeigen. «Es ist aus Sicht der Studenten ungerecht, wenn Massenstudiengänge betrieben werden, die später keine oder nur begrenzte Anstellungsmöglichkeiten bieten», argumentiert die SVP.

### «Selbstverwirklichungsfächer»

Mit der Interpellation werde einer längst fälligen Diskussion der nötige Schub verliehen, sagt SVP-Bildungspolitiker Peter Keller. «Zu viele Studenten belegen Selbstverwirklichungsfächer, während wir einen dramatischen Mangel an Ingenieuren, Informatikern oder Naturwissenschaftlern haben.» Es ergebe keinen Sinn, weltweit nach Mitarbeitern für die Pharmabranche, die Maschinenindustrie oder die Medizinaltechnik zu suchen, während das Potenzial in der Schweiz vernachlässigt werde, sagt der studierte Historiker Keller: «Auch die Hochschulen und die Studenten sollten sich stärker an den Bedürfnissen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes ausrichten.»

Die SVP will ihre Interpellation am runden Tisch mit den anderen bürgerlichen Parteien ausloten. Danach soll der Vorstoss eingereicht werden. FDP-Bildungspolitiker Hans-Peter Portmann kündigt Unterstützung an: «Das Anliegen wird in meiner Fraktion sicher wohlwollend angehört.» Auch ihn stört, «dass das Bildungsangebot und die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr übereinstimmen». Eine höhere Eintrittsbarriere, wie sie etwa bei der Zürcher Hochschule der Künste besteht, kann sich Portmann vor allem für geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer an Fachhochschulen vorstellen. «Dies käme einem Numerus clausus light sehr nahe.» An Hochschulen will er die unbeschränkte Studienwahl dagegen beibehalten.

### Besonders Frauen ansprechen

Doch in Portmanns Partei ist die Forderung umstritten. FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen sagt: «Der Numerus clausus ist ein gescheitertes Instrument – das zeigt die Situation in der Medizin. Damit lässt sich die Zahl der Studenten nicht auf die Nachfrage des Arbeitsmarkts abstimmen.» Der Präsident von FH Schweiz, dem Dachverband der Fachhochschulabsolventen, plädiert stattdessen dafür, gezielt Aufklärungsarbeit bei angehenden Studierenden zu leisten. Besonders Frauen müssten dabei angesprochen werden, denn in vielen geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern seien sie in der Überzahl.

Im links-grünen Lager ist der Unmut gross. SP-Nationalrat Matthias Aebischer sagt: «Die SVP macht etwas zum Problem, das gar keines ist. Zwei Jahre nach dem Studium haben fast alle Ethnologen, Psychologen und Soziologen einen Job – vielleicht nicht in ihrem Spezialgebiet, aber sie sind mit ihrem breiten Wissen auch andernorts gefragt.» Auch Wissenschaftler reagierten umgehend. Politologieprofessor Fabrizio Gilardi etwa verwies auf aktuelle Zahlen des Bundesamts für Statistik. Demnach beträgt die Arbeitslosenquote von Geistes- und Sozialwissenschaftlern fünf Jahre nach Studienabschluss 2,8 Prozent. Bei Absolventen naturwissenschaftlicher Fächer liegt sie bei 3,8 Prozent.